

Kiel, 06.06.2007

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 15 – Klimaschutz in der Landwirtschaft (Drucksache 16/1422)

Ulrike Rodust:

Klimaschutz und Landwirtschaft umfassend diskutieren

Keine Tagung ohne Klimaschutzthemen, das ist auch Dank des Antrages der Grünen heute wieder der Fall. Meine Worte sollen nicht das Thema klein reden, dafür ist der Klimaschutz zu wichtig. Und alle Anstrengungen, dem inzwischen unbestrittenen Klimawandel entgegen zu wirken, sind grundsätzlich richtig und wichtig.

Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Faktor bei der Klimaschutzdiskussion. Sie trägt weltweit mit etwa 7 % und in Deutschland mit **etwa 11 % zu den gesamten Treibhausgasemissionen** bei. Bei den global klimawirksamen Gasen Kohlendioxid, Methan und Lachgas sowie dem indirekt wirkende Ammoniak gibt es wichtige Unterschiede in ihren Wirkanteilen. Während die Emissionen von Kohlendioxid aus der Landwirtschaft mit etwa 4,5 % eine kleinere Rolle spielt, bedingen die Methanemissionen mit einem Anteil von ca. 40 %, die Lachgasemissionen mit ca. 50 % und vor allem die Ammoniakemissionen mit ca. 90 % - vor allem aus der Tierhaltung – eine bedeutende Rolle.

Die Landwirtschaft ist in der Klimaschutzdiskussion aber nicht nur „Täter“ sondern auch „Opfer“. **Negative Folgen des Klimawandels für die Landwirtschaft** sind

- Zunahme von Schadereignissen (Sturm, Hagel aber auch Dürre)
- Erosions- und Hochwassergefahr

- Stress für Pflanzen und Tiere
- Höherer Krankheits- und Schädlingsdruck

Die Landwirtschaft sollte also aus ureigenstem Interesse heraus alles unternehmen, um den Folgen des Klimawandels entgegen zu wirken. Aus meiner Sicht **haben Strategien zur Reduzierung von Treibhausgasen in der Landwirtschaft große Potentiale und gute Erfolgsaussichten**. Wir sollten daher alles daran setzen, z.B. die Energieeinsparung bei Produktionsprozessen voran zu treiben. Weiter sollte der Methanaustritt in der Tierproduktion sowie in der Lagerung und Anwendung von Wirtschaftsdüngern gesenkt werden. Schließlich bieten sich große Chancen, die erneuerbare Energieproduktion auf den landwirtschaftlichen Flächen zu erhöhen.

An dieser Stelle möchte ich auf das auch von den Grünen benannte Thema Biomassenutzung eingehen. Aus meiner Sicht ist **die energetische Nutzung von Reststoffen aus der Landwirtschaft als Biomasse** im Sinne einer Kreislaufwirtschaft ein wichtiger Beitrag auch zum Klimaschutz. Anders sehe ich den gezielten Anbau von z.B. Raps und Mais zur Energieerzeugung. Auf der Tagung im Landeshaus am Montag wurde von einem Wissenschaftler dazu aus gesamtökologischer Sicht ein klares „Nein“ ausgesprochen.

Zwar entstehen durch Biogasanlagen im ländlichen Raum Arbeitsplätze und Einkommen. Doch die damit verbundenen Nachteile wie die Belastung der Umwelt durch den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln in Monokulturen sowie der steigende Import von Biotreibstoffen, stellen große Probleme dar. Sinnvoll erscheint mir daher, **eine Zertifizierung für nachhaltige Bewirtschaftung in der Biomasse einzuführen**, die die Grundlage für eine staatliche Förderung sein muss.

Wie Sie meinen Vorstellungen entnehmen konnten, liegen wir in der Sache weitgehend mit dem Antrag der Grünen auf einer Linie. Wir sind jedoch der Meinung, **dass**

es keinen Sinn macht, monokausal – wie bei den Grünen leider zu oft – den Klimawandel nur für die Landwirtschaft zu diskutieren. Unserer Auffassung nach gehören die von den Grünen vorgeschlagenen Maßnahmen in die umfassende Klimaschutzberichterstattung durch die Landesregierung, die für Mitte nächsten Jahres ansteht.

Dort werden wir **Strategien diskutieren zu allen klimarelevanten Bereichen** wie Energieerzeugung, Bauen / Wohnen, Industrie / Unternehmen, Verkehr, Abfallwirtschaft, stoffliche und energetische Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen, CO₂-Speichern und -Senken, Forstwirtschaft, Tourismus und Sport, Bildung, Forschung, Lehre sowie eben auch Landwirtschaft.

Daher bitte ich Sie, den Antrag in den Umweltausschuss zu überweisen. Dort werden wir beraten, wie die Fragen und deren Beantwortung in den Klimaschutzbericht eingebaut und in der nächsten Sitzung dann beschlossen werden können.